



# INFO

## FÜR MEDIEN

### PRESSESTELLE

Gebäude	Rathaus - Rathausplatz 1 (Altbau)
Pressestelle	0212/290-2111
Lutz Peters	0212/290-2132
Birgit Wenning	0212/290-2613
Sabine Rische	0212/290-2210
Fax	0212/290-2209
eMail	pressestelle@solingen.de

236bw - 15.04.2011

## Kunstmuseum Solingen: Neue Auflagen aus Düsseldorf

(pa) Die Stadt Solingen muss sicherstellen, dass ihr durch die Beteiligung am "Zentrum für verfolgte Künste" im bisherigen Museum Baden keine zusätzlichen Kosten entstehen. Dies hat die Bezirksregierung Düsseldorf als Finanzaufsichtsbehörde in einem Schreiben an den Oberbürgermeister klargelegt und damit eine Nachbesserung des bisherigen Entwurfs gefordert.

Oberbürgermeister Norbert Feith: „Der Brief hat beim ersten Lesen Sorge ausgelöst, kam aber nicht überraschend. Die Ausführungen der Bezirksregierung Düsseldorf machen auch an dieser Stelle deutlich, dass der Weg der Haushaltskonsolidierung zur Rückgewinnung von örtlichen Handlungsspielräumen konsequent weiter gegangen werden muss. Mein Ziel ist die Etablierung des Zentrums für verfolgte Künste in Solingen mit der Zentrums-GmbH. Daher werden wir den politischen Gremien in Solingen Vorschläge zur Umsetzung der Vorgaben der Aufsicht unterbreiten, umso den Weg zur Gründung der Gesellschaft frei zu machen. Ebenso werden wir in Gespräche mit unseren Partnern eintreten.“

Da die Stadt Solingen bereits seit Jahren nicht mehr über einen ausgeglichenen Haushalt verfügt, darf sie nur noch Ausgaben tätigen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist. Und sie darf auch keine Verträge schließen, die das Risiko später auf die Stadt zukommender Kosten bergen. Genau so aber wertet die Aufsichtsbehörde das bisher beschlossene Konstrukt, mit dem die Stadt ihr Kunstmuseum in eine gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland zu gründende Gesellschaft für verfolgte Künste GmbH Solingen einbringen will. Ziel ist es, das Kunstmuseum damit erhalten zu können, attraktiver zu machen und auf eine breitere thematische wie wirtschaftliche Basis zu stellen. Dabei ist der städtische Zuschuss auf 215.000 Euro pro Jahr beschränkt.

Das Finanzkonstrukt der neuen Gesellschaft hatte vorgesehen, einen Teil des städtischen Beitrags (145.000 Euro) direkt dorthin fließen zu lassen, was zu Lasten des Kunstmuseums gegangen wäre. Den geplanten Ausgleich dafür hält die Finanzaufsicht nun für zu vage.

Um das Risiko struktureller Verluste zu bannen, "muss aus hiesiger Sicht entweder ein verlässlicher Zuschussgeber (...)

oder eine andere geeignete Lösung gefunden werden", heißt es in dem Schreiben aus Düsseldorf.

Sie haben noch Fragen?  
Rufen Sie die folgende Nummer an:  
0212/290-2111

In einer sogenannten Garantieerklärung sollte sich die Stadt Solingen, unabhängig von ihrer Haushaltssituation zum Weiterbetrieb des Museum zumindest für die Zwecke der Zentrums-Gesellschaft verpflichten. Einer solchen Garantie stimmt die Finanzaufsicht nicht zu. Wörtlich heißt es: "Ich gehe davon aus, dass eine Garantieerklärung auch entbehrlich ist, wenn es für den Landschaftsverband Rheinland nachvollziehbar gelingt, strukturelle Verluste der Kunstmuseum Solingen für die Zukunft zu vermeiden."

Die Fraktionen und Mitgesellschafter wurden heute über das Schreiben der Bezirksregierung informiert. Der Oberbürgermeister hat seine zuständigen Mitarbeiter beauftragt, Beschlussvorlagen zur Umsetzung der Vorgaben vorzubereiten.